

Multilateralismus zwischen Blockade- politik und Partnerschaftsrhetorik

Der Gipfel von Johannesburg
Eine Bilanz

Jens Martens
Wolfgang Sterk



weed

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development

Multilateralismus zwischen Blockadepolitik und Partnerschaftsrhetorik
Der Gipfel von Johannesburg – Eine Bilanz

Autoren:

Jens Martens & Wolfgang Sterk

Herausgeber:

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (WEED)

Bertha-von-Suttner-Platz 13

D-53111 Bonn

Tel.: +49 - 228 - 766130

Fax: +49 - 228 - 696470

E-Mail: weed@weedbonn.org

Internet: <http://www.weedbonn.org>

Kontakt: Jens Martens

Layout:

Wolfgang Sterk

Bonn, September 2002

INHALT

	SEITE
I. VORBEMERKUNG	3
II. DER AUFTRAG DES JOHANNESBURG-GIPFELS – BESCHEIDENE ZIELE UND WIDERSPRÜCHLICHE GRUNDLAGEN.....	4
III. DIE ERGEBNISSE VON JOHANNESBURG	5
1. HANDEL VS. UMWELT	5
2. DIE „WEHAB-THEMEN“	6
A) WASSER	6
B) ENERGIE	7
C) GESUNDHEIT	7
D) LANDWIRTSCHAFT	8
E) ARTENVIELFALT	8
3. FINANZIERUNG	9
IV. PARTNERSCHAFT VS. REGULIERUNG – ZUR ROLLE DER PRIVATWIRTSCHAFT	10
V. FAZIT	11
ANNEX: ZEITZIELE IM JOHANNESBURGER UMSETZUNGSPLAN	12
 Verzeichnis der Boxen	
Box 1: Johannesburg in Zahlen	3
Box 2: Querschnittsthema: Umweltschutz als Menschenrecht	5
BOX 3: ÄNDERUNG DER PRODUKTIONS- UND KONSUMWEISE	9
BOX 4: INTERNET-RESSOURCEN	11

I. VORBEMERKUNG

Die Leser, die am 26. August, dem Tag der offiziellen Eröffnung des Johannesburg-Gipfels für Nachhaltige Entwicklung, die New York Times aufschlugen - eine gegenüber Umwelthanliegen vergleichsweise aufgeschlossene Publikation - fanden dort an diesem Tag einen Kommentar von Björn Lomborg, dem dänischen Statistikwissenschaftler, der mit seinem Buch "Apocalypse No" für weltweites Aufsehen gesorgt hat. Lomborg zufolge ist nämlich die Umweltbewegung auf dem völlig falschen Dampfer und ihre Warnungen vor dem ökologischen Kollaps

sind hoffnungslos übertrieben. Seine Statistiken belegten vielmehr, dass es der Erde noch nie so gut gegangen sei wie heute. Lomborgs Kritiker, etwa Christiane Grefe in der Zeit, kommentieren kühl, dass Lomborgs Ausführungen vor allem zeigten, wie trefflich sich Statistiken manipulieren ließen und dass er offensichtlich Opfer gerade der ideologischen Verblendung sei, die er der Umweltbewegung vorwirft.

Dennoch sind solche Äußerungen symptomatisch. Lomborg mag ein extremes Beispiel sein, als solches ist er jedoch noch lange nicht *ex tremis*,

jenseits aller Grenzen, sondern vielmehr Speerspitze und gefeierter Kronzeuge eines *roll-back*, das die in Rio und in der Folge erreichten Ergebnisse internationaler Umwelt- und Entwicklungspolitik - so ungenügend diese in vielen Punkten sind - zu unterminieren bestrebt ist. So wurde denn auch der Johannesburg-Gipfel, der ursprünglich angetreten war, um neue Weichen in Richtung einer sozial gerechten und ökologisch tragfähigen Entwicklung zu stellen, in weiten Teilen zu einer erbitterten Abwehrschlacht um bereits erreichte Positionen.

Box 1: Johannesburg in Zahlen

Am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung nahmen Teil:

21.340 VertreterInnen aus 191 Ländern,
darunter 104 Staats- und Regierungschefs,
rund 9.000 offizielle Delegierte (darunter 132 aus Deutschland),
8.000 NGO-VetreterInnen und
4.000 JournalistInnen,

Hinzu kamen Tausende, die sich abseits des offiziellen Gipfels an einer der unzähligen Parallelveranstaltungen, Alternativkonferenzen und Demonstrationen beteiligten. Gemessen an diesen Zahlen übertraf WSSD alle bisherigen Weltkonferenzen.

II. DER AUFTRAG DES JOHANNESBURG-GIPFELS – BESCHIEDENE ZIELE UND WIDERSPRÜCHLICHE GRUNDLAGEN

Dabei hatte der Weltgipfel keineswegs, wie von Manchen erhofft, den Anspruch, neue Visionen für eine bessere Welt zu entwerfen. Auf dem Gipfel sollten kleinere Brötchen gebacken werden. Das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossene Mandat forderte lediglich, der Gipfel solle den Status der in Rio getroffenen Vereinbarungen überprüfen und weitere Maßnahmen für ihre Umsetzung sowie Gebiete, auf denen zusätzliche Anstrengungen nötig seien, identifizieren: Johannesburg war gedacht als "Implementierungsgipfel".

Übersehen wurde dabei, dass es in den zehn Jahren seit Rio nicht nur an der Implementierung gehakt hat. Einige Rio-Romantiker geben sich noch immer der Vorstellung hin, dass auf der United Nations Conference on Environment and Development (UNCED) ein konsistentes Paradigma nachhaltiger Entwicklung definiert worden sei, mit dessen Realisierung man der Rettung der Welt ein ganzes Stück näher kommen würde. Tatsächlich sind die Rio-Beschlüsse, und insbesondere die Agenda 21 - der "Akti-

onsplan für das 21. Jahrhundert", jedoch nicht frei von gefährlichen inneren Widersprüchen. Denn während die Industriestaaten dort einerseits einräumten, dass ihre Produktions- und Konsumweise hauptverantwortlich sei für die sich krisenhaft zuspitzenden globalen Umweltprobleme, galt andererseits wirtschaftliches Wachstum weiterhin als natürlicher Imperativ und die Liberalisierung des Handels als Königsweg hin zu mehr Entwicklung und Umweltschutz. Das Agieren Transnationaler Konzerne (TNCs) wurden nicht als Teil des Problems sondern als uneingeschränkter Teil der Lösung gesehen, Vorschläge zu ihrer Regulierung wurden bewusst ausgeklammert. Die Agenda 21 stand damit nicht nur nicht im Widerspruch zu sondern war in Teilen eher Vorboten des in den 90er Jahren dominierenden Prozesses neoliberaler Globalisierung.

Und so krankte auch der Gipfel von Johannesburg im Kern an diesem konzeptionellen Widerspruch. Der dort verabschiedete „Umsetzungsplan“ benennt einerseits ausdrücklich die Fehlentwicklungen der vorherr-

schen Konsum- und Produktionsweisen und die negativen Folgen der Globalisierung, empfiehlt aber andererseits als Gegenmittel weitere Marktöffnung, Liberalisierung und die stärkere Einbeziehung der Privatwirtschaft, und damit Rezepte, die die Fehlentwicklungen der Vergangenheit gerade befördert haben. Ein konsistenter Gegenentwurf zum neoliberalen Entwicklungsparadigma stand bei den offiziellen Verhandlungen nie zur Debatte. Diskussionen darüber fanden nur außerhalb der offiziellen Konferenz statt, etwa im Rahmen der Veranstaltungen zum vielbeachteten "Jo'burg-Memo" der Heinrich-Böll-Stiftung oder bei den Auseinandersetzungen über das Konzept der Globalen Öffentlichen Güter.

Aufgrund dessen kommt etwa Naomi Klein zu dem Resümee, dass der Rio-Prozess den Keim des eigenen Untergangs bereits von Anfang an in sich getragen habe. Vor diesem Hintergrund habe der Johannesburg-Gipfel weder eine Aussicht gehabt, „die Welt zu retten“, noch habe er sich selbst retten können.

III. DIE ERGEBNISSE VON JOHANNESBURG

Angesichts der Konflikte bei den umwelt- und entwicklungspolitischen Weltkonferenzen der letzten Jahre, von Kyoto über Doha bis Monterrey, war durchaus zu erwarten, dass in Johannesburg auch die positiven Ergebnisse von Rio (und auch diese gab es zweifellos) unter Beschuss geraten würden. Überraschend war dennoch, mit welcher Vehemenz die „Dinosaurierkoalition“ der rückwärtsgewandten Kräfte, allen voran die USA, die Axt an die Grundwurzeln des Rio-Prozesses legte. So wurde in Johannesburg sowohl über das **Vorsorgeprinzip**, demzufolge schon ein begründeter Verdacht und nicht erst wissenschaftliche Sicherheit zu Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit berechtigt, als auch über das **Prinzip der „gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung“** von Entwicklungs- und Industrieländern gestritten – zwei Prinzipien, die in Rio als Grundpfeiler der internationalen Nachhaltigkeitspolitik festgeschrieben worden waren, und auf denen eine Reihe internationaler Verträge beruht.

Dennoch standen sie bis in die Endphase der Verhandlungen vor allem auf Betreiben der USA im Abschlussdokument in Klammern, waren also nicht vereinbart. Dies war freilich nicht verwunderlich, denn insbesondere das Vorsorgeprinzip wird von der US-Regierung als gravierendes Hindernis bei der Verfolgung amerikanischer (Profit-)Interessen angesehen. So wird dieses Prinzip etwa von der EU im Streit um die Einfuhr amerikanischen Hormonfleisches angeführt, und es liegt auch dem Biosafety-Protokoll zur Artenvielfaltskonvention zugrunde, das es Staaten unter anderem erlaubt, die Einfuhr genetisch modifizierter Organismen (GMOs) bei Verdacht auf schädliche Auswirkungen zu verbieten. Diese Regelungen sind für die US-amerikanischen Gentechnikindustrie ein außerordentliches Ärgernis, und nicht von ungefähr haben die USA die Artenvielfaltskonvention bis heute

nicht ratifiziert. Wes' Geistes insbesondere die gegenwärtige US-Administration ist, wurde im unmittelbaren Vorfeld des Gipfels einmal mehr deutlich, als sie den momentan von schwerem Hunger geplagten Staaten des südlichen Afrika Nahrungsmittelhilfe in Form von genetisch modifizierten Lebensmitteln aufzwingen wollte.

Box 2: Querschnittsthema: Umweltschutz als Menschenrecht

Auf der Konferenz über die menschliche Umwelt in Stockholm 1972 war eine gesunde Umwelt zu einem „fundamentalen Menschenrecht“ erklärt worden und auch die Erklärung von Rio hatte die Verbindung zwischen dem Umweltschutz und dem Schutz der Menschenrechte unterstrichen. Seitdem haben über einhundert Staaten entsprechende Formulierungen in ihre Verfassungen aufgenommen, ebenso gewinnt dieses Konzept in der Rechtsprechung zunehmend an Bedeutung. Dennoch forderten die G-77 in Johannesburg, jeglichen Bezug auf die Menschenrechte aus dem Dokument zu streichen. Was letztendlich überlebte, war eine wachsweiße Formulierung, nach der die „mögliche Beziehung“ zwischen Umwelt und Menschenrechten „in Betracht gezogen“ werden sollte (152). Dafür wurde jedoch der Paragraph (151) gestrichen, der das essentielle Prinzip 10 der Rio-Erklärung über das Recht der Bürger auf Zugang zu Informationen und Beteiligung an der Entscheidungsfindung bekräftigen sollte. Dies ist ein Rückschritt gegenüber den Beschlüssen von UNCED.

1. Handel vs. Umwelt

Weitere Brisanz erhält das Thema des Vorsorgeprinzips durch die Regelungen der Welthandelsorganisation (WTO), die handelsbeschränkende Maßnahmen ausdrücklich nur auf Grundlage wissenschaftlich gesicherter Fakten zulassen. Es sind hier seit 1995, dem Gründungsjahr der WTO, de facto zwei parallele Rechtssysteme entstanden: Die Regeln der WTO auf der einen Seite und die Multilateralen Umweltabkommen (MEAs) auf der anderen. Beide stehen zum Teil in deutlichem Widerspruch zueinander. Es ist zwar noch nicht zu einem direkten Konflikt zwischen diesen beiden Systemen gekommen, es besteht jedoch de facto immer die Gefahr, dass ein Staat handelsrelevante Regelungen eines Umweltabkommens bei der WTO angreift. Die bisherigen Erfahrungen mit der WTO geben für diesen Fall keinen Grund zu Optimismus, denn in den über 20 Verfahren, die bisher innerhalb der WTO gegen nationale Umweltgesetzgebungen einzelner Länder angestrengt worden sind, hat die WTO bisher erst in einem Fall zugunsten der Umweltbelange und gegen Handelsinteressen entschieden. Verschärft wird die Problematik dadurch, dass die WTO im Gegensatz zu den MEAs über einen effektiven Sanktionsmechanismus zur Durchsetzung ihrer Entscheidungen verfügt, so dass die reale Gefahr besteht, dass die Umweltpolitik unter die Räder des Freihandelsrechts gerät.

Das Ergebnis ist schon jetzt ein deutlich wahrnehmbarer sogenannter *chilling effect* bei der Ausarbeitung nationaler und internationaler Umweltschutzmaßnahmen, d.h. sie werden – in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der WTO – nur sehr schwach oder erst gar nicht formuliert. Und nicht von ungefähr: als etwas Sri Lanka 2001 entschied, die Einfuhr von GMOs in Nahrungsmitteln und Land-

wirtschaft zu verbieten, drohten die USA derart massiv mit wirtschaftlichen Sanktionen einschließlich einer Klage bei der WTO, dass das Parlament in Colombo letztendlich seine Entscheidung zurückzog.

Infolgedessen war auch die Beziehung zwischen WTO und MEAs in Johannesburg ein heißumkämpftes Thema. Die NGOs forderten, dass Umweltabkommen eindeutige Priorität gegenüber Handelsregeln eingeräumt werden solle - der Verhandlungstext drohte zunächst jedoch genau das Gegenteil an, dass nämlich Umweltregeln mit WTO-Regelungen vereinbar sein müssten. Es ist nicht zuletzt den Anstrengungen diverser NGOs zu verdanken, dass dieser Satz letztendlich aus dem Dokument entfernt wurde. Im Endergebnis wird jedoch nur festgestellt, dass die „Integrität“ beider Systeme erhalten und die „gegenseitige Unterstützung“ gefördert werden solle. Und dies soll ausgerechnet „in Unterstützung des durch die WTO vereinbarten Arbeitsprogramms“ geschehen (92)¹. Johannesburg hat damit die Ergebnisse der WTO-Ministerkonferenz in Doha Ende letzten Jahres bekräftigt, in denen der WTO das Mandat gegeben worden war, ihre Beziehung zu den MEAs unilateral klarzustellen. Dabei führen freilich die Handels- und nicht die Umweltminister die Verhandlungen, und den Sekretariaten der MEAs wird bestenfalls ein Beobachterstatus zugebilligt. Doha hatte auch entschieden, dass das Ergebnis weder etwas zu den Rechten und Pflichten unter existierenden WTO-Vereinbarungen hinzufügen, noch diese reduzieren solle. Wenn aber die Handelsregeln nicht verändert werden sollen, bleibt offensichtlich nur die Möglichkeit, die MEAs anzupassen.

Fortschritte bei den Handelsfragen wurden nicht allein durch die USA und ihre engsten Verbündeten, die in der JUSCANZ-Gruppe² zusammengearbeiteten, blockiert. Auch die EU war nicht in der Lage, ein Gegengewicht zu den Blockierern zu bilden, weil sie sich

strikt weigerte, den Entwicklungsländern in den Fragen des (über die „Everything But Arms“-Initiative für die LDCs hinausgehenden) Zugangs zu ihren Märkten und der Subventionen für Agrarprodukte entgegenzukommen. Den Entwicklungsländern entgehen allein durch die Einfuhrbeschränkungen der Industrieländer jährlich rund 100 Mrd. US-\$ an Exporterlösen - annähernd das Doppelte dessen, was an Entwicklungshilfe gezahlt wird. Gleichzeitig wird allerdings von ihnen erwartet, ihre eigenen Märkte zu öffnen, und damit ihre oftmals kleinbäuerliche Landwirtschaft der hochsubventionierten Agrarkonkurrenz aus dem Norden auszusetzen. Erst wenige Monate vor dem Gipfel hatte Präsident Bush eine massive Erhöhung der amerikanischen Agrarsubventionen angekündigt. Durch ihre unnachgiebige Blockadehaltung in diesem Bereich begab sich die EU jeder Chance, mit den Entwicklungsländern eine Allianz zu bilden und die Hardliner zu isolieren.

Dabei war beim europäischen Vorbereitungstreffen für Johannesburg im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa im September 2001 noch von der „Beseitigung“ handelsverzerrender und umweltschädlicher Subventionen die Rede gewesen. Beim vierten PrepCom in Bali vollzog die EU dann jedoch eine Kehrtwende, was ihr von Friends of the Earth, Oxfam und WWF den Vorwurf eines „außergewöhnlichen U-turn“ einbrachte. Da nutzte dann auch die Rede von Bundeskanzler Schröder in Johannesburg nichts mehr, in der er sich ausdrücklich für den Abbau dieser Subventionen aussprach. Im Ergebnis wiederholt der Umsetzungsplan von Johannesburg nun lediglich die Formulierung von Doha, nach der die Reform handelsverzerrender und umweltschädlicher Subventionen innerhalb des Doha-Arbeitsprogramms in der WTO behandelt werden soll.

2. Die „WEHAB“-Themen

Um der Gefahr einer völligen Überfrachtung der Johannesburg-Agenda zu begegnen, hatte UN-Generalsekretär Kofi Annan im Laufe des Vorbereitungsprozesses vorgeschlagen, sich bei dem Gipfel auf eine Handvoll zentraler Themen zu konzentrieren. Die Regierungen folgten seinem Vorschlag und stellten die folgenden fünf Bereiche in den Mittelpunkt ihrer Verhandlungen: Wasser, Energie, Gesundheit, Landwirtschaft und Artenvielfalt.³ Der Eindruck, der Gipfel wolle sich um alle Probleme der Welt kümmern, konnte allerdings auch durch diese Prioritätensetzung nicht völlig vermieden werden.

a) Wasser

Im Wasserbereich gab es vordergründig einen gewissen Fortschritt gegenüber früheren Beschlüssen. Zum einen wurde das Ziel der Millenniumserklärung bekräftigt, bis 2015 die Zahl der gegenwärtig ca. 1,2 Mrd. Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser zu halbieren, zum anderen wurde das neue Ziel aufgestellt, bis zum selben Jahr die Anzahl der heute ca. 2,5 Mrd. Menschen ohne Zugang zu einer funktionierenden Abwasserentsorgung zu halbieren.

Die Johannesburg-Beschlüsse gehen jedoch nicht darauf ein, „wo das Wasser für diese 600 Mio. Wasserhähne und 1,2 Mrd. Toiletten herkommen soll“, wie der WWF formulierte. Nötig gewesen wären weitere Ziele zur Erhöhung der Effizienz der Wassernutzung, die Aufforderung, Abkommen über die Nutzung und den Schutz der 261 großen grenzüberschreitenden Flussläufe abzuschließen sowie eine Stärkung und Ausweitung des Mandats der Ramsar-Feuchtgebietskonvention. Und tatsächlich hatte der Verhandlungstext bis Bali auch eine Kompromissformulierung über die internationale Zusammenarbeit bei der Nutzung grenzüberschreitender Flussläufe enthalten. Im Verhandlungsgeschacher von Johannesburg blieb auch sie auf der Strecke.

¹ Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf die Paragraphenzählung des advanced undated text des Umsetzungsplans vom 4. September 2002.

² JUSCANZ = Japan, USA, Canada, Australia, New Zealand.

³ WEHAB = Water, Energy, Health, Agriculture, Biodiversity

Die begrenzte politische Relevanz von Zeitzielen wird deutlich, wenn man sich daran erinnert, dass die internationale Gemeinschaft sich schon wiederholt ehrgeizige Ziele im Wasserbereich gesetzt hat, ohne sie bislang auch nur annähernd zu erreichen. Bereits 1981 hatten die Vereinten Nationen das Ziel aufgestellt, bis zum Jahr 1990 eine universelle Versorgung mit sauberem Trinkwasser und Abwasserbeseitigung zu erreichen. 1990 verlangte der Weltkindergipfel eine universelle Versorgung bis 1995 und die Agenda 21 sah vor, dass bis zum Jahr 2000 alle Einwohner von Städten Zugang zu Trinkwasser und 75% von ihnen Zugang zu Abwasserentsorgung haben sollten. Nichts im Umsetzungsplan von Johannesburg deutet darauf hin, dass diesmal die nötigen Mittel und die politische Entschlossenheit vorhanden sein werden, um das neue Zeitziel zu verwirklichen.

Da diese Schwäche auch den Regierungen bewusst war, betonten Sie gerade im Wassersektor die besondere Bedeutung privater Initiativen. Die Johannesburg-Beschlüsse bekräftigen die Bestrebungen nördlicher Geberländer, Weltbank und IWF, die Wasserversorgung in den Entwicklungsländern zunehmend in private Hände zu legen. „Public-Private Partnerships“ (PPPs) werden als probates Mittel angesehen, um diesmal die formulierten Wasserziele zu erreichen. Dabei haben die Erfahrungen der letzten Jahre deutlich gezeigt, dass diese PPPs erheblich von den Profitinteressen der – aus den Industriestaaten kommenden – privaten Wasserunternehmen wie Vivendi, Suez oder auch RWE, dominiert werden. Die in sie gesetzten Erwartungen bezüglich der Mobilisierung neuer Mittel und der Verbesserung der Versorgung wurden bisher kaum erfüllt. Tatsächlich ist die Folge sogar oft eine Verschlechterung des Service bei gleichzeitigen exorbitanten Preiserhöhungen, was etwa im bolivianischen Cochabamba zum sogenannten „Wasseraufstand“ führte, durch den die Bevölkerung die Rücknahme der Wasserprivatisierung erzwang.⁴

⁴ Vgl. zu diesem Thema: Uwe Hoering (2001): Privatisierung im Wassersektor. Entwicklungshilfe für transnationale Wasserkonzerne – Lösung der globalen Wasserkrise? Bonn: WEED (WEED-Arbeitspapier).

b) Energie

Der magere Fortschritt im Wasserbereich wurde zudem von den USA und den OPEC-Staaten in einem Kuhhandel erkaufte, bei dem die EU auf die Festlegung quantifizierter Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien verzichtete. Die Kompromissformulierung im Energiekapitel des Johannesburg-Plans ist das Papier nicht wert, denn sie hält lediglich fest, dass Staaten ihre Energieversorgung diversifizieren sollten, indem sie fortgeschrittene Technologien „einschließlich fossiler Brennstofftechnologien und erneuerbarer Energietechnologien“ entwickeln (19e).

Schon das von der EU in den Verhandlungen vertretene Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2010 auf 15% zu erhöhen, war alles andere als anspruchsvoll. Denn zum einen schloss dieses Ziel große Staudämme, die nicht selten gravierende ökologische und soziale Probleme verursachen, sowie traditionelle Biomassennutzung ein; zum anderen liegt laut der International Energy Agency (IEA) der Anteil erneuerbarer Energien unter Einschluss dieser Energieformen schon heute bei 13,9%. Das von der EU vertretene Ziel hätte also eine Steigerung von gerade einmal 1% bedeutet und würde vermutlich schon durch das Festhalten am *business as usual* übertroffen werden. NGOs hatten daher einen Anteil von 10% sogenannter „neuer“ Erneuerbarer gefordert, also ausschließlich großer Dämme und traditioneller Biomasse.

Ebenfalls keine Einigung wurde über die Reduktion der jährlich ca. 100 Mrd. US-\$ an Subventionen für fossile Energieträger erzielt. Endgültig zur Farce wird der Umsetzungsplan in diesem Bereich dadurch, dass jedes Mal, wenn von erneuerbaren Energien die Rede ist, auch sogenannte „saubere“ fossile Brennstoffe eingeschlossen werden, ein weiterer Erfolg der Kohlelobby. Und als ob das noch nicht genug wäre, setzte Indien dem Ganzen die Krone auf, indem es in der abschließenden Plenarsitzung in Johannesburg verkündete, dass aus seiner Sicht der Beschluss über die „Diversifizierung“ der Energieversorgung auch die Kernenergie einschließen sollte.

Den Fehlentwicklungen im offiziellen Abschlussdokument versuchte am Schluss eine zusätzliche Initiative der EU entgegenzuwirken, die auf die verstärkte Förderung erneuerbarer Energien zielt. Die kurze Erklärung „The Way Forward on Renewable Energy“, der sich inzwischen über 100 Staaten angeschlossen haben, kündigt „klare und anspruchsvolle“ Zeitziele für die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien sowie eine regelmäßige Überprüfung der Fortschritte an. Aber auch diese Erklärung enthält keine klare Definition, welche Energien gemeint sind, und legt sich nicht auf ein konkretes Zeitziel fest.

Eine positive Rolle spielte in dieser Frage die Bundesregierung, die zu einer internationalen Konferenz zur Förderung erneuerbarer Energien nach Deutschland einlud und die Bereitstellung von 1 Mrd. Euro für die Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz ankündigte. Dabei ließ sie allerdings offen, ob es sich dabei tatsächlich um neue Mittel oder nur um die Umwidmung bereits bestehender Mittel handelt. Auch ist die grundsätzliche Frage zu stellen, ob durch solche Initiativen tatsächlich, wie erhofft, Druck auf die Blockierer aufgebaut wird, oder ob diese dadurch nicht endgültig aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Positives zu vermelden gab es am Ende immerhin auch in der Frage des Kyoto-Protokolls: China und Russland kündigten endgültig die Ratifizierung des Protokolls an. Damit steht Kyoto trotz des heftigen US-amerikanischen Widerstandes vor dem Inkrafttreten, und selbst Kanadas Premierminister Chrétien kündigte an, das Protokoll dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen.

c) Gesundheit

Auch im Gesundheitsbereich ging Johannesburg kaum über den status quo hinaus. So wiederholt das Abschlussdokument lediglich die Formulierung von Doha, nach der „das TRIPS-Abkommen WTO-Mitglieder nicht davon abhält und nicht davon abhalten soll, Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu ergreifen“ und dass „das Abkommen in einer Weise interpretiert und umge-“

setzt werden kann und soll, die das Recht der WTO-Mitglieder unterstützt, die öffentliche Gesundheit zu schützen und besonders den Zugang zu Medizin für alle zu fördern.“ (94)

Heftige Debatten gab es über Maßnahmen zum Schutz vor giftigen Chemikalien. Kontrovers war unter anderem, ob man deren gesundheits-schädliche Wirkungen „minimieren“ oder nur „signifikant reduzieren“ solle, ob man dafür ein Zeitziel setzen und ob man sich dabei auf das Vorsorgeprinzip beziehen solle. Am Ende einigte man sich darauf, ab dem Jahr 2020 Chemikalien so zu produzieren und zu nutzen, dass signifikante negative Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt minimiert werden (man fragt sich, was in den 18 Jahren bis dahin geschehen soll). Konkrete Verpflichtungen ergeben sich aber auch aus dieser Zielvorgabe nicht (22).

Bis in die letzten Stunden des Gipfels gab es heftige Auseinandersetzungen über den Zugang zu Gesundheitsdiensten, und dabei vor allem den Zugang von Frauen zu reproduktiver Gesundheit. Die altbekannte Koalition von Fundamentalisten aller Couleur versuchte unter Führung des Vatikan, dieses bereits mehrfach von der UNO bestätigte Recht der Frauen durch Verweise auf die Konsistenz mit nationalen Gesetzen sowie kulturellen und religiösen Gepflogenheiten zu relativieren. Dies hätte praktisch einen Freibrief für die fortgesetzte Diskriminierung von Frauen im Gesundheitsbereich und solche Praktiken wie die Genitalverstümmelung geliefert. Am Ende konnte auch hier ein *roll-back* mühsam verhindert und der status quo erhalten werden (47).

d) Landwirtschaft

Im Agrarbereich wiederholt Johannesburg das bereits 1996 auf der Welternährungskonferenz in Rom aufgestellte Ziel, bis 2015 die Zahl der zur Zeit ca. 800 Mio. Hungernden weltweit zu halbieren, und erkennt an, dass die Landwirtschaft untrennbar mit der Armutsbeseitigung verknüpft ist (6). Johannesburg brachte aber hierbei ebenso wenige praktische Fortschritte wie die Folgekonferenz Rom + 5 im Sommer diesen Jahres. Das Umsetzungsprogramm enthält

keine konkreten Maßnahmen, um die Landwirtschaft tatsächlich zu einem Mittel für die Erreichung von Ernährungssicherheit, ökologischer Tragfähigkeit und Armutsbekämpfung zu machen. Positive Formulierungen im Bali-Text bezüglich der Unterstützung des fairen Handels und des ökologischen Landbaus wurden in Johannesburg gestrichen. Der Begriff der nachhaltigen Landwirtschaft wird nicht ausreichend definiert, so dass die Tür offen bleibt, um genetisch modifizierte Nahrungsmittel als „nachhaltige“ Lösung für die Armutsbekämpfung und den Umweltschutz zu deklarieren. Ebenso negativ schlugen in diesem Bereich die Passagen zu Agrarsubventionen und Marktzugang zu Buche, auf die bereits oben eingegangen wurde.

e) Artenvielfalt

Die Bilanz im Bereich der Artenvielfalt ist zwiespältig. So enthält der Umsetzungsplan das Ziel, die dramatisch reduzierten Fischbestände in den Weltmeeren bis zum Jahr 2015 wieder auf ein Niveau zu bringen, auf der die maximale tragfähige Ausbeute („maximum sustainable yield“) erzielt werden kann (30a). Was zunächst positiv klingt, zum einen ist jedoch das Kriterium des „maximum sustainable yield“ eine offensichtlich weiterhin primär an den Ausbeutungsinteressen orientierte Minimallösung und als Managementwerkzeug heftig umstritten weil fehleranfällig, zum anderen ist die Zeitspanne bis 2015 unnötig lang. So sollte Umweltwissenschaftlern zufolge die Wiederherstellung der Fischbestände schon bis 2010 ohne weiteres möglich sein. Das Hauptproblem ist aber, dass dieses Ziel auf Drängen der USA im Johannesburg-Dokument durch den Zusatz „wo möglich“ („where possible“) relativiert wurde. Einige NGOs befürchten, daß diese Einschränkung nicht nur das Ziel im Umsetzungsplan entwertet sondern auch Bestimmungen zum Schutz der Fischbestände in bereits bestehenden Abkommen, etwa im Rahmen der UN-Seerechtskonvention, als freiwillig qualifizieren könnte. Positiv zu bewerten ist, dass bis 2012 „repräsentative Netzwerke“ geschützter Meeresgebiete eingerichtet werden sollen (31c). Ebenso positiv ist

die Forderung nach der Eliminierung von Subventionen, die zur Überfischung beitragen. Die Formulierung ist hier klarer als die anderen Aussagen des Umsetzungsplans zu Subventionen und geht auch über das Doha-Mandat zu Fischereisubventionen hinaus, das die Mitgliedsstaaten lediglich auffordert, bezüglich dieser Subventionen Verhandlungen zu beginnen. Aber auch hier werden weder Zeitziele formuliert noch spezifische Maßnahmen genannt (30f).

Schwierig ist das Ergebnis in der Frage des Artenverlusts zu beurteilen. Hier hatte sich die Vertragsstaatenkonferenz (COP) der Artenvielfaltskonvention noch im April diesen Jahres in Den Haag darauf geeinigt, bis 2010 Instrumente zu entwickeln, um den Artenverlust aufzuhalten und umzukehren. Trotz dieser Einigung war dieses Thema in Johannesburg wieder heftig umkämpft und man einigte sich schließlich auf die schwächere Formulierung, dass bis 2010 „eine „signifikante Reduktion“ des Artenverlusts erreicht werden solle (42). Immerhin blieb das Zeitziel erhalten und neu ist die Zustimmung der USA, die die Konvention selbst bisher nicht ratifiziert haben. Während der Verhandlungen in Johannesburg hatten sich allerdings nicht nur die USA, Australien und Japan sondern auch die G-77 gegen das Ziel der Umkehr des Artenverlusts ausgesprochen. Dies ist vermutlich nur dadurch zu erklären, dass die Entwicklungsländer unzufrieden waren mit den bisherigen Verhandlungen über den Zugang zu und die Verteilung der Gewinne aus der Nutzung biologischer Ressourcen, die sog. Frage des Access and Benefit Sharing (ABS). Sie wollten offensichtlich austesten, wieviel die Industrieländer sich die Erhaltung der Artenvielfalt kosten lassen würden.

Tatsächlich gab es nach langen Verhandlungen einen leichten Fortschritt in der Frage von ABS, denn gegen den Widerstand von Australien, EU und USA wurde schließlich vereinbart, dazu ein „internationales Regime“ auszuhandeln (42o). Diese Länder hatten unter anderem eingewandt, dass zunächst den sog. „Bonner Leitlinien“ zu ABS eine Chance gegeben werden solle. Die Entwicklungsländer hatten jedoch dagegen gehalten, dass freiwillige Leitlinien unzureichend

sein und sie ohne klare Regeln & Zwangungen sein könnten, den Zugang zu ihren genetischen Ressourcen einzuschränken. Offen blieb, ob das zu verhandelnde Regime freiwillig oder bindend sein soll. Während aber die allgemeine Auffassung war, dass es die Zuständigkeit der COP der Arten-

Box 3: Querschnittsthema: Änderung der Produktions- und Konsumweise

Die Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsumformen hatte sich während der Vorbereitungskonferenzen zu einem prominenten Querschnittsthema entwickelt und das Ergebnis von Bali hatte in Klammern noch ein Zehnjahresprogramm zur Veränderung nicht nachhaltiger Produktions- und Konsumformen vorgesehen. In Johannesburg vollführten jedoch einige G-77-Staaten eine Hundertachtziggradwendung und die Formulierung wurde letztlich zu „einem Zehnjahresrahmen von Programmen“ aufgeweicht (14). Auch Konzepte wie Ecolabelling und der Lebenszyklusansatz gerieten unter Beschuss von USA und G-77, ungeachtet der Tatsache, dass diese Länder beides sowohl in der Erklärung der Rio+5-Sondergeneralversammlung als auch in den UN-Richtlinien für den Konsumentenschutz bereits akzeptiert hatten. Ecolabelling schaffte es dann auch tatsächlich nicht in das Abschlussdokument. Erhalten blieb lediglich der sperrige Verweis auf „effektive, transparente, überprüfbare, nicht irreführende und nicht diskriminierende“ Mittel der Konsumenteninformation (14e). Daneben wird zumindest die Notwendigkeit betont, unter Einbeziehung von Konzepten wie dem Lebenszyklusansatz Maßnahmen zu entwickeln, um Produkte und Dienstleistungen zu verbessern. Konkrete Verpflichtungen lassen sich daraus jedoch nicht ableiten.

vielfaltskonvention sei, diese Frage zu entscheiden, machten sich die USA einmal mehr unbeliebt, indem sie die Tatsache, dass die Formulierung „ge-

setzlich bindend“ aus dem Abschlussdokument gestrichen worden war, dahingehend interpretierten, dass das Regime freiwillig sein solle.

3. Finanzierung

Den Lackmустest für die Glaubwürdigkeit internationaler Absichtserklärungen bildet jedoch letztlich nicht die Formulierung neuer Ziele sondern vor allem die Bereitschaft der Regierungen zur Finanzierung dieser Ziele. Über die Bereitstellung der Mittel, die zur Verwirklichung der alten und neuen Entwicklungsziele notwendig sind, schweigt sich der Johannesburg-Plan jedoch aus. Zusätzliche Finanzzusagen enthält er nicht, sondern den Regierungen genügte es, die Finanzierungsbeschlüsse der Monterrey-Konferenz in das Schlussdokument von Johannesburg zu kopieren. Und diese wurden schon zur Finanzierung der engeren entwicklungspolitischen Aufgaben, insbesondere die Verwirklichung der sog. Millenniumsziele, als völlig unzureichend angesehen.

Lediglich die kurz vor dem Gipfel vereinbarte Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität (GEF) bringt neues Geld in die Kassen. Sie bleibt aber mit einem Umfang von insgesamt 2,92 Mrd. US-\$ für die Jahre 2002-2006 weit hinter den Erfordernissen zurück. Das GEF-Sekretariat selbst hatte 3,5 Mrd. US-\$ als notwendig bezeichnet. Außerdem betrieben die Geberländer Etikettenschwindel, denn nur 2,2 Mrd. US-\$ sind wirklich neue Mittel, die restlichen 700 Millionen sind noch aus früheren Auffüllungsrunden in der Kasse. Die geringen Mittel müssen zudem in Zukunft für zusätzliche Aufgaben verwendet werden, denn neben den bisherigen Projekten zum Schutz der Artenvielfalt, des Klimas, internationaler Gewässer und der Ozonschicht sollen künftig auch Maßnahmen zur Wüstenbekämpfung und zur Beseitigung giftiger Chemikalien (persistent organic pollutants - POPs) finanziert werden.

Hinzu kommen einige unilaterale Initiativen der USA und der EU in den Bereichen Wasser und Energie. Die USA haben z.B. angekündigt, in den nächsten drei Jahren 970 Mio. US-\$ in Wasser- und Sanitärprojekte zu inves-

tieren. Die EU hat eine „Partnerschaftsinitiative“ im Umfang von 700 Mio. US-\$ im Energiebereich angekündigt. Bei diesen Initiativen ist allerdings nicht klar, ob sie mit zusätzlichen Geldern finanziert werden oder ob ohnehin eingeplante Mittel lediglich umetikettiert werden.

Über neue Finanzierungsinstrumente, wie internationale Öko-Steuern oder globale Entgelte auf die Nutzung der Meere und des Luftraums, wie sie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in die Diskussion gebracht hatte⁵, wurde auf Druck der USA erst gar nicht gesprochen. Der US-Delegierte Terry Miller drohte gar in scharfem Ton, die US-Beiträge für UNDP zu streichen, wenn sich die Organisation weiter mit dem Thema „Globale Öffentliche Güter“⁶ (und damit verbundenen Finanzierungsfragen) befasse. Dies erinnert fatal an den Maulkorberlass der USA gegenüber UNDP in Bezug auf die Tobin-Steuer. Aus dem Implementierungsplan von Johannesburg wurde am Ende der Begriff der „Globalen Öffentlichen Güter“ gänzlich gestrichen. Der Plan spricht nun lediglich davon, „Themen von globalem öffentlichen Interesse“ im Rahmen von Workshops zu untersuchen (108).

Auf Initiative Frankreichs und Schwedens wurde in Johannesburg immerhin eine internationale Task Force zum Thema Globale Öffentliche Güter gegründet. Sie soll sich unter dem Vorsitz des ehemaligen mexikanischen Staatschefs Ernesto Zedillo mit dem Konzept und den Finanzierungsalternativen Globaler Öffentlicher Güter befassen. Die etwa 15-köpfige Task Force soll bis Ende des Jahres komplett sein und ihre Arbeit Anfang 2003 aufnehmen.

⁵ Vgl.: Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2002): Entgelte für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter, Berlin.

⁶ Vgl. dazu: Jens Martens, Roland Hain (2002): Globale Öffentliche Güter. Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit? Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung/WEED (HBS World Summit Papers Nr. 20).

IV. PARTNERSCHAFT VS. REGULIERUNG – ZUR ROLLE DER PRIVATWIRTSCHAFT

Statt auf konkrete Finanzzusagen konzentriert sich der Umsetzungsplan von Johannesburg, wie schon der „Konsens von Monterrey“ ein halbes Jahr zuvor, auf Hoffnungen in die Eigeninitiative der Privatwirtschaft und die positive Wirkung ausländische Direktinvestitionen sowie auf die Förderung öffentlich-privater „Partnerschaften“ (PPP). In Johannesburg setzte sich damit der Trend der Verlagerung öffentlicher Aufgaben auf private Akteure fort, der sich wie ein roter Faden durch die Entwicklungspolitik der letzten Jahre zog.

Dieser Privatisierungstrend spiegelt sich auch in den sogenannten „Type 2“-Initiativen von Johannesburg wider. Rund 220 Partnerschaftsinitiativen der unterschiedlichsten staatlichen und privaten Akteure mit einem Finanzvolumen von insgesamt 235 Mio. US-\$ wurden in Johannesburg präsentiert. Das Spektrum reicht von einem holländischen Projekt zum Aufpolieren europäischer Second-Hand-Fahrräder für den Verkauf in Afrika bis zur weltumspannenden Initiative eines US-Unternehmens zur gesundheitsfördernden Anreicherung von Mehl mit Eisen. Diese „Partnerschaften“ sind nicht an klare soziale und ökologische Kriterien gebunden und werden auch keiner Umsetzungs-kontrolle unterworfen. Zahlreiche NGOs kritisierten vor diesem Hintergrund, dass es sich bei vielen dieser Partnerschaften um nichts anderes als „greenwash“ handelt – „Nachhaltigkeitsprojekte“, die vor allem in den PR-Abteilungen der Konzerne formuliert wurden.

Die dem Privatsektor eingeräumte Dominanz schlug sich auch sichtbar im äußeren Rahmen der Konferenz nieder, denn mehr als 200 multinationale Unternehmen demonstrierten mit aufwändigen Ständen ihre Präsenz. BMW etwa dominierte mit mehreren

Ausstellungszelten den gesamten Vorplatz des Konferenzzentrums, De Beers verkündete auf riesigen Anzeigetafeln „Water is Forever“ und Daimler-Chrysler hatte eine Flotte von über tausend Fahrzeugen als „VIP-Shuttles“ für den Gipfel zur Verfügung gestellt. Den Begriff der Nachhaltigkeit haben die Unternehmen längst alle für sich okkupiert und in ihrem Sinne umdefiniert. So warb etwa VW mit dem Slogan der „nachhaltigen Mobilität“, BMW stellte seine Aktivitäten unter das Motto „Sustainability – it can be done“. Viele Unternehmen und Wirtschaftsverbände waren darüber hinaus in den offiziellen Delegationen vertreten, allein die französische bestand ca. zur Hälfte aus ihren Vertretern.

Im Kontrast dazu stand eine „Partnerschaft“ ganz anderer Art: In einem PR-wirksamen Akt taten sich Greenpeace International und der World Business Council for Sustainable Development zusammen, um vor laufenden Kameras von den Regierungen ein entschiedeneres Handeln beim internationalen Klimaschutz zu fordern. Bemerkenswert war diese Initiative nicht nur wegen ihrer Partner, die sich bisher immer aufs heftigste bekämpft hatten, sondern auch wegen ihrer Stoßrichtung, die entgegen dem allgemeinen Trend ausdrücklich die Regierungen in die Pflicht nahm.

Bei vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen stießen die Partnerschaftsansätze und die Omnipräsenz der Wirtschaft in Johannesburg auf scharfe Ablehnung. Im Zentrum der Proteste auf den Straßen stand der Widerstand gegen die zunehmende Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Güter, insbesondere im Wasser- und Energiesektor. Bei den Verhandlungen schlug sich die Forderung einer breiten, von Friends of the Earth angeführten NGO-Kampagne nach verbindlichen zwischenstaatlichen Regeln

für Unternehmen am Ende auch im Abschlussdokument nieder. Dort heißt es unter anderem, dass die Verantwortung der Unternehmen (corporate accountability) durch die Entwicklung zwischenstaatlicher Abkommen und internationaler Initiativen gefördert werden solle – einer der wenigen Fortschritte des Gipfels. Der genaue Wortlaut des entsprechenden Paragraphen im Umsetzungsplan lautet:

„This will require urgent action at all levels to: [...] Actively promote corporate responsibility and accountability, based on the Rio Principles, including through the full development and effective implementation of intergovernmental agreements and measures, international initiatives and public-private partnerships, and appropriate national regulations, and support continuous improvement in corporate practices in all countries.“ (45 ter)

Dieser nach langen Verhandlungen vereinbarte Kompromisstext spiegelt durch seine Verknüpfung von Unternehmensverantwortung und PPPs aber auch die Widersprüchlichkeit der Johannesburg-Beschlüsse und die Interessenkonflikte zwischen den Regierungen wider. Johannesburg erlebte eine zunehmende Polarisierung der Auseinandersetzung über die Rolle der Privatwirtschaft im Entwicklungsprozess und die richtigen Strategien im Umgang mit TNCs (freiwillige Partnerschaften vs. verbindliche Regeln, Betonung der Rechte vs. der Pflichten von Unternehmen etc.). In welche Richtung die zukünftigen Auseinandersetzungen gehen, bleibt auch nach dem Gipfel offen. Johannesburg hat Spielräume in beide Richtungen eröffnet.

V. FAZIT

Die vielfältigen Partnerschaften, Initiativen und Allianzen einzelner Regierungen in Johannesburg waren auch eine Reaktion auf die Blockaden in den eigentlichen Verhandlungen. Das Tempo des Fortschritts wurde dort von den Bremsern bestimmt – hießen sie nun USA, Saudi-Arabien oder Vatikan. Das Modell des konsensorientierten Multilateralismus, das seit gut 20 Jahren die globalen Verhandlungen auf UN-Ebene prägt, ist mit Johannesburg endgültig an seine Grenzen gestoßen. Wo der Stillstand

schon als Erfolg verkauft werden muss, ist es an der Zeit, neue Formen globaler Kooperation und Problemlösung zu entwickeln. So gesehen war Johannesburg der größte aber möglicherweise auch letzte Weltgipfel seiner Art. Was danach kommt, ist nun die eigentlich spannende Frage.

Man sollte sich dabei aber hüten, in die Falle des Unilateralismus zu laufen und multilaterale Anstrengungen per se für Zeitverschwendung zu halten. Denn damit spielt man letztlich das Spiel der USA und anderer, die von

vornherein behaupten, dass solche Veranstaltungen nichts brächten, dann nach Kräften die Verhandlungen blockieren, um am Ende festzustellen, daß sie angesichts der mageren Ergebnisse von Anfang an mit ihrer Skepsis Recht gehabt hätten. Anstatt den Abgesang des Multilateralismus anzustimmen, sollten die Anstrengungen vielmehr darauf gerichtet werden, politische Alternativen zu entwickeln, die letztendlich auch die Blockierer in ihre Verantwortung zwingen.

Box 4: Internet-Ressourcen

Die offiziellen Abschlußdokumente des Gipfels:

<http://www.johannesburgsummit.org>

Die Erklärung der Zivilgesellschaft zum Gipfel:

<http://www.worldsummit.org.za/>

Das „Jo'burg Memo“ der Heinrich-Böll-Stiftung:

<http://www.joburgmemo.org/>

Die Rio+10-Website von BUND/Friends of the Earth International

<http://www.rio-plus-10.org/>

Die Website der Rio+10-Kampagne des Forums Umwelt & Entwicklung

<http://www.rio-10.de/>

ANNEX: ZEITZIELE IM JOHANNESBURGER UMSETZUNGSPLAN

(FETT NEUE ZIELE)

Bis 2015	Halbierung des Anteils der Menschen in absoluter Armut, entspricht weniger als 1 US-\$ pro Tag (6a)
Bis 2015	Halbierung des Anteils der Menschen, die Hungern leiden (6a)
Bis 2015	Halbierung der Anzahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser (6a, 24)
Bis 2015	Halbierung der Anzahl der Menschen ohne Zugang zu Abwasserentsorgung (7, 24)
Bis 2020	„Signifikante Verbesserung“ der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern (10)
Bis 2020	„Minimierung“ „signifikanter“ negativer Effekte von Chemikalien auf die menschliche Gesundheit (22)
Bis 2003	Inkrafttreten der Rotterdam Konvention (PIT) (22a)
Bis 2004	Inkrafttreten der Stockholm Konvention (POPs) (22a)
Bis 2008	Implementierung des global harmonisierten Systems für die Klassifikation und das Etikettieren von Chemikalien (22c)
Bis 2005	Entwicklung integrierter Wasserressourcenmanagement- und Wassereffizienzpläne (25)
Bis 2010	Anwendung des Ökosystemansatzes in der Bewirtschaftung der Meere (29d)
Bis 2015	„Wo möglich“ Erhaltung oder Wiederherstellung von Fischbeständen soweit, dass sie den „maximum sustainable yield“ erbringen (30a)
Bis 2005	Implementierung des Internationalen Aktionsplans der FAO für das Management der Fischereikapazitäten (30d)
Bis 2004	Umsetzung des Internationalen Aktionsplans der FAO zur Verhinderung, Abschreckung und Eliminierung illegalen, nicht angezeigten und unregulierten Fischens (30d)
Bis 2012	Einrichtung geschützter Seegebiete einschließlich repräsentativer Netzwerke (31c)
Bis 2006	„Substantielle Fortschritte“ bis zur nächsten Konferenz des Global Programme of Action for the Protection of the Marine Environment from Land-based Activities (32d)
Bis 2004	Einrichtung eines regulären Prozesses bei den Vereinten Nationen für die globale Berichterstattung über und Bewertung des Zustands der Meeresumwelt (34b)
Bis 2003/2005	„Adäquate“ Wiederauffüllung des Fonds des Montreal Protokolls (37b)
Bis 2010	Verbesserung des Zugangs für Entwicklungsländer zu Alternativen für ozonschädigende Substanzen (37d)
Bis 2010	„Signifikante Reduktion“ der gegenwärtigen Rate des Verlusts biologischer Vielfalt (42)
Bis 2005	Verbesserte Berichterstattung an das United Nations Forum on Forest (42g)
Bis 2010	Erreichen verbesserter „health literacy“ (47e)
Bis 2015	Ausgehend vom Basisjahr 2000 Reduktion der Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahre um zwei Drittel und der Müttersterblichkeit um drei Viertel (47f)
Bis 2015	Ausgehend vom Basisjahr 2000 Reduktion der Müttersterblichkeit um drei Viertel (47f)
Bis 2005	Reduktion der HIV-Häufigkeit unter Menschen zwischen 15-24 um 25% in den an meisten betroffenen Ländern, global bis 2010 (48)
Bis 2015	Ermöglichung einer Grundschulausbildung für Kinder überall, für Mädchen ebenso wie Jungen (56e)
Bis 2015	Gleicher Zugang für Jungen und Mädchen zu allen „für nationale Bedürfnisse relevanten“ Bildungsebenen (56e)
Bis 2022	Zugang zu Energieversorgung für mindestens 35% der afrikanischen Bevölkerung (56ji)
Bis 2005	„Fortschritte“ in der Formulierung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien und Beginn ihrer Umsetzung (145b)